

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Zukunftssicherung durch freien Welthandel

Die Basis für Wohlstand, Beschäftigung und soziale Absicherung in den Staaten der industrialisierten Welt besteht in einem freien Austausch von Gütern und Dienstleistungen über die nationalen Grenzen hinweg. Dieser Austausch ist die Grundlage für eine enge Zusammenarbeit der Staaten dieser Erde und verbindet damit unterschiedliche Kulturen und Gesellschaften auf friedliche und fördernde Weise.

Der freie und offene Zugang zu den Märkten für Waren und Dienstleistungen ist gleichermaßen Gewähr und die beste Form der Unterstützung des Reformprozesses in den Staaten Mittel- und Osteuropas und für Wachstum und Wohlstand in den Entwicklungsländern.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt deshalb die zunehmende internationale Verflechtung der Volkswirtschaften. Er ist sich der Tatsache bewußt, daß diese Internationalisierung einen großen Anpassungsdruck in den einzelnen nationalen Volkswirtschaften mit sich bringt. Er ist jedoch der Überzeugung, daß die Herausforderungen der Zukunft nur gelöst werden können, wenn es gelingt, in den nationalen Volkswirtschaften Strukturreformen auf den Weg zu bringen und Verkrustungen zu beseitigen.

Der Deutsche Bundestag sieht hierin zugleich die historische Chance, die Reform- und Innovationsfähigkeit der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen in den Industrieländern unter Beweis zu stellen.

Der Deutsche Bundestag gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß die am 6. Juli 1993 stattfindenden Gespräche der Vierer-Gruppe von EG-Kommission, USA, Japan und Kanada zu Fragen des Marktzugangs für Waren und Dienstleistungen erfolgreich abgeschlossen werden können und damit die Grundlage für einen erfolgreichen Abschluß der Uruguay-Runde schaffen.

Bedingt durch Anpassungsschwierigkeiten und rezessive Tendenzen in der Weltwirtschaft gibt es in der internationalen

Gemeinschaft Stimmen, die eine Abkehr vom Prinzip des freien Handels propagieren und eine Lösung wie z.B. „managed Trade“, Selbstbeschränkungsmaßnahmen oder Quotenabkommen suchen.

Der Deutsche Bundestag warnt nachdrücklich vor solchen Forderungen, die insbesondere die Entwicklungsländer und die Staaten Mittel- und Osteuropas beeinträchtigen würden.

Er unterstützt deshalb die Bemühungen der Bundesregierung, sich auf dem kommenden Treffen der G 7-Staaten in Tokio für einen freien und offenen Welthandel einzusetzen.

Er fordert hierzu die Bundesregierung auf, auf dem kommenden Wirtschaftsgipfel

- ein deutliches Bekenntnis zum freien Welthandel und eine klare Absage an alle protektionistischen Bestrebungen und einen gelenkten Welthandel zu geben;
- den Abschluß der GATT-Uruguay-Runde noch in diesem Jahr durch entscheidende Weichenstellungen beim Wirtschaftsgipfel zu fördern;
- die zunehmenden bilateralen Handelsstreitigkeiten gerade zwischen den großen Handelsblöcken durch Verhandlungen rasch zu beseitigen;
- für eine umfassende internationale Arbeitsteilung einzutreten und die internationale Zusammenarbeit bei der Bewältigung strukturpolitischer Fragen zu intensivieren;
- darauf hinzuarbeiten, daß wettbewerbsverzerrende Maßnahmen und Subventionen rasch zurückgeführt werden;
- die mittel-, südost- und osteuropäischen Staaten sowie die neuen unabhängigen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion durch Hilfe zur Selbsthilfe zu stabilisieren und sie in ihren Bemühungen, Strukturreformen durchzuführen, zu unterstützen;
- mit Nachdruck für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik einzutreten, die die Voraussetzung für ein kräftiges, nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist, das geeignet ist, die Beschäftigungsaussichten zu verbessern;
- zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen unserer Welt die Ergebnisse der Rio-Umweltkonferenz umzusetzen und auf das Erfordernis einer konsequenten und abgestimmten Umweltschutzpolitik auf nationaler und internationaler Ebene hinzuweisen;
- sich für eine Fortführung der Hilfe zur Selbsthilfe im Hinblick zum Aufbau demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen für die Entwicklungsländer einzusetzen, die Initiative des Münchner Gipfels für die ärmsten Länder und die Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen konsequent umzusetzen und neuem Blockdenken auch hier entschieden entgegenzutreten.

Der Deutsche Bundestag ist sich bewußt, daß das Umfeld, in dem heute Wirtschaftspolitik gestaltet werden muß, zunehmend

komplexer wird. Die Interdependenz des Handelns verschiedener Politikbereiche nimmt zu und dies nicht nur auf nationaler Ebene, sondern zunehmend auch und gerade im internationalen Bereich.

Deshalb ist es unerlässlich, daß sich der G 7-Gipfel mit allen relevanten, die internationale politische Lage betreffenden Themen auseinandersetzt, deren wechselseitige Abhängigkeiten analysiert und so zu effektiven Politikvorgaben kommt.

Der Deutsche Bundestag ist der Hoffnung, daß der G 7-Gipfel wichtige Impulse für die Arbeit der weltwirtschaftlich relevanten internationalen Organisationen und des GATT geben und daß die Zusammenarbeit dieser Foren weiter verbessert werden kann.

Er fordert den Gipfel auf, auch in Zukunft seine Verantwortung wahrzunehmen, sich den globalen Herausforderungen und Problemen zu stellen und Lösungsmöglichkeiten im Geiste einer internationalen Zusammenarbeit zu erarbeiten.

Bonn, den 30. Juni 1993

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

